Wenn es um Profitmaximierung geht, schießt Vonovia gerne und häufig über die Grenzen des Rechts hinaus. Eine Gruppe musikalischer Aktivisten wollte das in einem Bochumer Museum zum Thema machen, einschließlich Möglichkeiten legitimer Gegenwehr wie Enteignung zwecks Vergesellschaftung. Das passte den Stadtoberen nicht, die Veranstaltung wurde kurzerhand abgeblasen, auch zwecks „Schutz“ von Kunst- und Meinungsfreiheit – und dem von Abzockern und Spekulanten. Von **Ralf Wurzbacher**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260804-Museumsreifes-Grundgesetz-Stadt-Bochum-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Wer bei Vonovia wohnt, macht Aktionäre froh. Europas führender Immobilienkonzern verfügt bundesweit über 470.000 Wohneinheiten. 2025 zahlte jeder dieser Haushalte im Schnitt 166 Euro monatlich an die Anteilseigner des deutschen Wohnungsgiganten. Eine Milliarde Euro wanderten so direkt in die Taschen von Profiteuren, etwa jener, die ihr Geld durch den US-Vermögensverwalter BlackRock vermehren lassen. Der zählt zu den größten institutionellen Anlegern und war bekanntlich der frühere Brötchengeber des amtierenden Bundeskanzlers.

Hauptsache, die Gewinne sprudeln und die Dividende stimmt. Ständige Mieterhöhungen, rechtswidrige Preisaufschläge durch konstruierte „Wohnwerterhöhungsmerkmale“ wie günstige ÖPNV-Anbindung oder gute Nahversorgung, intransparente Nebenkostenabrechnungen und verschleppte Reparaturen gehören zum Geschäftsmodell. Die Partei Die Linke scheut sich nicht, über den „Kopf der Mietmafia“ zu ätzen. Das zu sagen, ist qua Richterspruch vom Januar gestattet. Von Birgit Stenzel, Rechtsanwältin und Beraterin beim Berliner Mieterverein, ist der Satz überliefert: „Vonovia ist mein Lieblingsgegner, gegen die gewinnt man fast immer.“

Verleumdungen, üble Nachrede?

Sind all das gute Gründe für Kritik? Und sollte die Kritik öffentlich geäußert werden können? Damit die Auswüchse von Geld, Profitgier und extensiver Marktmacht diskutiert werden. Natürlich! Eigentlich war genau das das Anliegen der Aktionsgruppe Lebenslaute, die unter dem Motto „klassische Musik – politische Aktion“ in Erscheinung tritt. Für kommenden Freitag hatte die Initiative zum Konzertabend „Viva la Musica – enteignet

Vonovia“ ins Kunstmuseum Bochum geladen. Neben musikalischen Darbietungen sollte es dabei Redebeiträge zu Wohnungsnot, Verdrängung und den Verwertungsstrategien großer Immobilienkonzerne geben. Der Termin war fest verabredet und auf der Webseite des Museums angekündigt.

Dann folgte vor wenigen Tagen der Rückzieher, wurde plötzlich „die bereits bestätigte Reservierung gekündigt“, wie die Aktivisten in einer Mitteilung schreiben. „Grundsätzlich befürworten wir ihre Veranstaltung“, heißt es in der Begründung des Museums von Museumsdirektorin Noor Mertens, die den *NachDenkSeiten* vorliegt. Auch eine allgemeine Kritik an Wohnungsunternehmen und die Thematisierung von Wohnungsnot „wäre für uns in Ordnung gewesen“. Nicht okay soll indes der zentrale „Bezug zu Vonovia“ sein, damit verbundene „Tatsachenbehauptungen“, „negative Werturteile“ und die Möglichkeit von „Verleumdungen“ und „übler Nachrede“. Ein städtisches Kunstmuseum könne nicht zulassen, „dass die genannten Straftatbestände in seinen Räumen verwirklicht werden“.

Keine Kunst im Kunstmuseum

Im Verlauf des Schreibens wird deutlich, dass die Stadtverwaltung, mutmaßlich in Person des Kulturdezernenten Dietmar Dieckmann (SPD), die Absage veranlasst hat. Zitat: „Die Stadt Bochum lehnt es ab, dass in ihren Räumen Diffamierungen von namentlich genannten Unternehmen stattfindet“ (sic). Vonovia ist ein bedeutender Werbekunde der Stadt, dazu Hauptsponsor des ansässigen Fußballclubs VfL. Der Verdacht liegt nahe, dass hier ein Konzern, der seine Profite maßgeblich durch, sehr häufig auch gerichtlich beanstandete, Abzockermethoden „erwirtschaftet“, gegen öffentliche Kritik abgeschirmt werden soll. Oder anders: Eine eigentlich gemeinwohlorientierte Kultureinrichtung sperrt augenscheinlich Kritik an einem mächtigen gesellschaftlichen Akteur aus, dem Gemeinwohlinteressen nichts wert sind, weil für ihn geschäftsschädigend.

„Die Stadt Bochum macht sich damit zum Erfüllungsgehilfen wirtschaftlicher Interessen“, beklagte Viola Forte von Lebenslaute. Der Vorgang zeige, „wie groß der Einfluss solcher Unternehmen inzwischen ist“ und „wie öffentlicher Raum und verfassungsrechtlich geschützte Freiheiten unter Druck geraten“. Dass ausgerechnet in einem „Kunstmuseum die Kunstfreiheit eingeschränkt wird“, sei ein „politischer Skandal“. Das sieht auch Maria Trautmann so, die für Die Linke in der Bochumer Ratsfraktion sitzt. Wohnungsnot, Verdrängung und Mietenexplosion seien „reale Probleme, von denen uns viele Menschen bei Gesprächen an der Haustür berichten“. Angesichts der bundesweiten Begrenzungen der Kunstfreiheit sei es ein „fatales Signal, wenn eine Veranstaltung zu diesen Themen in einer kommunalen Kulturinstitution zensiert wird“.

Öffentlicher Ausverkauf

Vonovia selbst stellt sich freilich gerne als Wohltäter dar. Der Leitspruch: „Wir geben Menschen ein Zuhause.“ Pure Heuchelei: Die Versorgung der Allgemeinheit mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum würde die Bilanzen verhageln. Das Unternehmen zehrt von der Knappheit an Wohnraum, weil sich so die Preise hochtreiben lassen. 2025 legten die Vonovia-Mieten im Mittel um 4,1 Prozent zu. In dieser Größenordnung wird es im laufenden Jahr weitergehen. Jüngst kündigte das Unternehmen für Berlin Preisaufschläge von 4,8 Prozent an.

Mit Neubau geizt der Immobilienriese. Stattdessen holt beziehungsweise presst er aus alten Beständen das Maximum heraus, zuhauf mit unlauteren Mitteln. Aber die wenigsten Mieter wehren sich, weil sie Angst haben, ihr Heim zu verlieren. Juristische Niederlagen sind für den Global Player aus Bochum verkraftbare Ausrutscher, die am Gesamtsieg nichts ändern. Dabei ist Vonovia ein politisch gemachter Emporkömmling, hervorgegangen aus der Privatisierungswelle der späten 1990er-Jahre, als immense öffentliche Wohnungsbestände aus „Spargründen“ an Private veräußert wurden. Vor allem in Berlin gelangte der Konzern (beziehungsweise seine Vorläufer) zum kleinen Preis an Hunderttausende Wohnungen, die sich in der Folge vielfach bezahlt gemacht haben.

Enteignungsvereiteler

Die Hauptstadt ist heute auch das Hauptquartier der Gegenwehr. Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ will in einem zweiten Anlauf die Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände per Volksentscheid durchsetzen. Enteignung ist eine Option des Grundgesetzes, die allerdings die Bundesregierung auf Landesebene ausschließen will, wie die *NachDenkSeiten* zuletzt hier berichteten. „Ich hatte jetzt vor Kurzem meinen Investoren-Round-Table mit der Bundesbauministerin in Frankfurt, wo allein drei Investoren gesagt haben, dass sie jetzt Zusagen in Berlin zurückziehen und hier nicht in den Wohnungsbau investieren“, ließ Finanzminister und SPD-Chef Lars Klingbeil dazu verlauten.

Wenn Konzernbosse so viel „Mitsprache“ auf Bundesebene genießen, erscheint Liebedienerei eines städtischen Kulturdezernenten wie eine Selbstverständlichkeit. „Befürchtet die Stadt, dass Vonovia den Sponsoringvertrag bezüglich des Ruhr-Stadions nicht verlängern könnte, wenn das politische Umfeld nicht mehr freundlich genug erscheint?“, fragt sich Aichard Hoffmann von der Bochumer Sektion des globalisierungskritischen Netzwerks ATTAC. Inzwischen müsse noch dem Letzten klar geworden sein, dass der öffentliche Ausverkauf ein Fehler gewesen sei. „Also muss man

auch darüber diskutieren dürfen, wie diese Wohnungen wieder unter öffentlich Kontrolle zu bringen sind“, bemerkte er in einer Stellungnahme.

Dann eben Radau

Für die Stadt erfüllt das wohl einen Straftatbestand. „Welchen Gefahren aufgrund welcher Tatsachen will die Stadt Bochum vorbeugen“, fragt sich der Leser eines Berichts von „Bochum in Bewegung“. Sein Fazit: „Gefährder gibt es in der Stadtverwaltung. Gefährder von Kunst- und Meinungsfreiheit.“ Einen guten Rat hat Hoffmann von ATTAC parat: „Die Verantwortlichen sollten vielleicht mal ab und zu die Zeitung lesen, dann wüssten sie, dass sie mit Vonovia zwar einen Konzern von bedeutender Größe, aber auch einen riesigen Problemschaffer für Hunderttausende Mieterinnen und Mieter in der Stadt haben.“

Apropos Probleme: Wegen des Rauswurfs mobilisiert Lebenslaute zum Protest. Im Aufruf heißt es: „Sie lassen uns nicht rein, deswegen davor: Kundgebung für die Kunstfreiheit 19 Uhr vor dem Kunstmuseum Goetheplatz Bochum!“ Man wünscht den Damen und Herren „Kunstbeschützern“ massenweise Zaungäste …

Titelbild: Heide Pinkall/shutterstock.com